

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Friedrich Ostendorff, Cornelia Behm, Harald Ebner, Bärbel Höhn, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch, Markus Tressel und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Hofnachfolge in der Landwirtschaft

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft schreitet voran, es scheint kaum Instrumente zu geben, um den andauernden Verlust landwirtschaftlicher Betriebe und die daraus resultierenden Folgen für die ländlichen Räume zu bremsen. Zwischen 6 000 und 8 000 Bauernhöfe geben jedes Jahr auf, das entspricht einem jährlichen Rückgang von 2 bis 3 Prozent.

Neben dem immer noch dominierenden Prinzip des „Wachse oder Weiche“ spielt auch die ungeklärte oder nicht vorhandene Hofnachfolge eine entscheidende Rolle für die Aufgabe landwirtschaftlicher Betriebe.

Diesen Entwicklungen steht eine wachsende Zahl junger und gut ausgebildeter Menschen gegenüber, die in die Landwirtschaft einsteigen wollen, aber keinen Hof erben. Diesen Existenzgründern stellen sich zahlreiche Hindernisse.

Eine bessere Förderung von Existenzgründungen in der Landwirtschaft und von außerfamiliärer Hofübergabe kann einen wichtigen Beitrag gegen das Höfesterben und damit gegen die Industrialisierung der Landwirtschaft leisten.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland haben nach Einschätzung der Bundesregierung ein Hofnachfolge-Problem?
2. Wie beurteilt die Bundesregierung die Folgen der aufgrund fehlender Hofnachfolger zunehmenden Hofaufgabe für die Multifunktionalität der Landwirtschaft und die Entwicklung der ländlichen Räume?
3. Welche Ansatzpunkte sieht die Bundesregierung, um Betriebe mit Problemen bei der Hofnachfolge zu unterstützen?
4. a) Geht die Bundesregierung davon aus, dass außerfamiliäre Hofnachfolgen eine Option darstellen?
b) Ist die Bundesregierung der Ansicht, dass ausreichend Wissen über Potenziale und Umsetzung der außerfamiliären Hofnachfolge vorhanden ist, und wenn nein, was will sie daran ändern?
5. Was sind nach Ansicht der Bundesregierung wichtige Faktoren, um die Anzahl außerfamiliärer Hofübergaben zu erhöhen?
6. a) Welche konkreten Möglichkeiten sieht die Bundesregierung zur Unterstützung außerfamiliärer Nachfolgen?
b) Welche Instrumente und Maßnahmen können aus dem Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen adaptiert werden?

7. Wie hoch ist nach Einschätzung der Bundesregierung das Potenzial an jungen Menschen mit landwirtschaftlicher Ausbildung, aber ohne Hof, die nach Möglichkeiten suchen, sich eine landwirtschaftliche Existenz aufzubauen?
8. Was sind nach Ansicht der Bundesregierung die größten Hindernisse, die einer landwirtschaftlichen Existenzgründung im Wege stehen, und welche Ansatzpunkte verfolgt die Bundesregierung, um landwirtschaftliche Existenzgründungen zu unterstützen?
Welche möglichen Unterstützungsmaßnahmen sieht die Bundesregierung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“, welche außerhalb?
9. Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass landwirtschaftliche Existenzgründer ausreichend Zugang zu Zahlungsansprüchen erhalten?
10. Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass landwirtschaftliche Existenzgründer ausreichend Zugang zu Land erhalten?
11. Wie beurteilt die Bundesregierung die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Junglandwirteförderung im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik?

Berlin, den 29. Oktober 2012

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion